

Berner Regierung reagiert mit Strafanzeige auf Olympia-Bericht

Die Berner Kantonsregierung reagiert ungewohnt heftig auf einen Zeitungsartikel über Olympia 2026. Sie weist den Vorwurf vehement zurück, sie verschweige höhere Sicherheitskosten aus Rücksicht auf die bevorstehende Abstimmung im Wallis.



Der Bundesplatz vor dem Schweizer Parlamentsgeb

Zugleich reicht die Berner Regierung Strafanzeige ein, wie sie am Mittwoch mitteilte. Denn sie möchte wissen, wer die «SonntagsZeitung» mit Informationen über ihr vertrauliches Gespräch von letzter Woche mit den beiden Berner Ständeräten versorgte. Die Informationen seien auch noch falsch, hält der Regierungsrat fest. Ständerat Hans Stöckli (SP), der Vizopräsident des Kandidaturkomitees Sion 2026, habe «in keiner Art und Weise Einfluss genommen auf das Olympia-Dossier des Kantons Bern».

Er habe die Regierung nicht dazu gedrängt, bis zur Abstimmung im Kanton Wallis am 10. Juni zu schweigen. Es sei ausserordentlich bedauerlich, dass Stöckli eine Einflussnahme auf das kantonale Olympia-Dossier zugeschoben werde, die der Ständerat nie wahrgenommen habe. Der Regierungsrat betont, er halte am Zeitplan fest, den er schon Ende letzten Jahres beschlossen habe. Das Olympia-Dossier sei zurzeit im Mitbericht bei den Direktionen, voraussichtlich im Juni werde es die Regierung verabschieden.

Volksabstimmung im Februar

So könne die Finanzkommission das Dossier noch vor den Sommerferien beraten. Die Beratung im Grossen Rat folge in der Septembersession. Am 10. Februar 2019 soll dann das bernische Stimmvolk am Zug sein. Die Spekulationen um höhere Sicherheitskosten hatte der bernische Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann (SP) vor kurzem selber befeuert. Im «Regionaljournal» von Radio SRF erklärte er am 4. Mai, man müsse «Stand heute, mit neusten Zahlen, die erst im Entwurf vorliegen, von höheren Kosten ausgehen».

Ursprünglich ging die Berner Regierung von 10 Millionen Franken aus. Die «SonntagsZeitung» hatte geschrieben, Protagonisten der Olympia-Kandidatur wollten verhindern, dass die neuen Berner Berechnungen die Abstimmung im Wallis negativ beeinflussten.

Tourismus für Olympia

Die sechs bernischen Tourismus-Destinationen stehen hinter Olympia 2026, wie sie am Mittwoch mitteilten. Für die Schweiz und die beteiligten Kantone sei der Anlass absolut bewältigbar – und er biete die Chance, die hiesige wirtschaftliche und gesellschaftliche Leistungsfähigkeit einem Milliardenpublikum näher zu bringen.

Eine erste Olympia-Abstimmung gibt es am 8. Juni, wenn die Gemeindeversammlung Kandersteg über einen Kredit von 1,5 Millionen Franken bestimmt. In Kandersteg sollen die Nordische Kombination und das Skispringen auf der Normalschanze stattfinden. Nötig sind ein neuer Sprungrichterturm und eine temporäre Zufahrtsstrasse. (sda/og)

Publiziert am Mittwoch, 23. Mai 2018